



Anlage 3 der Vermittlungsabsprache: Durchführung des Verfahrens zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation und zur Erteilung einer Berufsausübungserlaubnis

1. Anerkennungsverfahren

Auf Grundlage dieser Vermittlungsabsprache können kolumbianische Arbeitssuchenden von der Bundesagentur für Arbeit in eine Beschäftigung in Deutschland vermittelt werden, um das Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation durchzuführen. Soweit erforderlich gehört dazu auch die Erteilung der Berufsausübungserlaubnis¹. Das bedeutet, dieser Aufenthaltstitel ermöglicht der kolumbianischen Fachkraft die Einreise nach Deutschland, ohne dass bereits vor Einreise nach Deutschland die Gleichwertigkeit des Berufsabschlusses festgestellt sein muss. Diese Gleichwertigkeitsfeststellung muss aber gleich nach Einreise nach Deutschland beantragt und angegangen werden.

Die Fachkraft muss jedoch eine in der Vermittlungsabsprache festgelegte Berufsqualifikation des Herkunftslandes nachweisen. Nach Ankunft in Deutschland und Aufnahme der Erwerbstätigkeit muss das Verfahren zur Anerkennung dieser ausländischen Berufsqualifikation initiiert werden. Zusätzlich ist ggf. die Beantragung und der Erhalt einer Berufsausübungserlaubnis erforderlich.

Der Aufenthaltstitel auf Basis der Vermittlungsabsprache wird zunächst immer zeitlich befristet für maximal zwölf Monate erteilt und kann zum Zweck der Anerkennung der ausländischen Qualifikation auf eine Gesamtaufenthaltsdauer von maximal drei Jahren erweitert werden. Diese Erweiterung ist nur dann möglich, wenn der Nachweis geführt wird, dass das Verfahren der Anerkennung der ausländischen Berufsqualifikation konsequent betrieben wird

Eine daran anschließende Beschäftigung als anerkannte Fachkraft in Deutschland ist möglich, wenn das berufliche Anerkennungsverfahren in der oben genannten Frist erfolgreich abgeschlossen wurde.

2. Inhalte des Anerkennungsverfahrens

Das Anerkennungsverfahren wird nachstehend grob beschrieben. Detaillierte Informationen sind (auch übersetzt in zahlreiche Sprachen) im Internet unter der offiziellen Homepage www.anerkennung-in-deutschland.de abrufbar. Inhalte des Anerkennungsverfahrens sind in der Regel:

- Übersetzung und Beglaubigung der erforderlichen Dokumente und Nachweise
- Antragstellung auf Prüfung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation bei der zuständigen Anerkennungsstelle



- Wenn Unterschiede im Verfahren festgestellt wurden: Berufsfachliche Qualifizierungen zum Ausgleich der Unterschiede
- Weiterführender berufsbezogener Sprachunterricht (zum Beispiel, weil diese für die Berufszulassung erforderlich sind)

Im Anerkennungsverfahren wird von der zuständigen Stelle geprüft, inwieweit eine im Ausland erworbene berufliche Qualifikation mit der für diesen Beruf in Deutschland erforderlichen Qualifikation vergleichbar ist. Basis für diese Prüfung ist in der Regel die deutsche Ausbildungsordnung, Berufsordnung oder Studienordnung des Berufs in Deutschland. Neben formalen Studien- und Berufsabschlüssen kann auch nachgewiesene Berufserfahrung aus dem Herkunftsland angerechnet werden.

Diese Prüfung muss bei der zuständigen Stelle in Deutschland beantragt werden. Die zuständige Stelle prüft auf Basis des Antrags zum Beispiel die in der Ausbildung erlernten theoretischen und praktischen Kenntnisse im Vergleich mit der deutschen Ausbildung des Referenzberufs. Zusätzlich zu formalen Studien- und Berufsabschlüssen kann auch nachgewiesene Berufserfahrung aus dem Herkunftsland angerechnet werden.

Bei vollständiger Übereinstimmung mit der Ausbildung im deutschen Referenzberuf wird eine Vollanerkennung der Berufsqualifikation beschieden, bei nur teilweiser Übereinstimmung eine Teilanerkennung. Im Teilanerkennungsbescheid legt die zuständige Anerkennungsstelle fest, welche praktischen oder theoretischen Qualifizierungen erforderlich sind.

Bei reglementierten Berufenⁱ muss zudem eine Berufszulassung beantragt werden. Hierfür müssen weitere Voraussetzungen (z.B. bestimmtes Sprachniveau, gesundheitliche Eignung etc.) erfüllt sein.

3. Anerkennungskosten und Bestimmungen zur Kostentragung

Das Anerkennungsverfahren ist kostenpflichtig. Kosten entstehen für den Antrag bei der zuständigen Anerkennungsstelle (Gebühr) sowie für die Übersetzung und Beglaubigung notwendiger Dokumente. Häufig entstehen zudem weitere Kosten für Qualifizierungen. Die Kostentragung ist nachfolgend dargestellt:

1. Die notwendigen Kosten für die Antragstellung auf Prüfung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation bei der zuständigen Anerkennungsstelle werden vom Arbeitgeber getragen.
2. Kosten für Übersetzungen und Beglaubigungen von Dokumenten, die von der zuständigen Anerkennungsstelle für die Prüfung der Gleichwertigkeit verlangt werden, werden vom Arbeitgeber getragen. Ausgenommen sind Übersetzungskosten für Dokumente, die bereits für die Bewerbung bei einem deutschen Arbeitgeber oder das Auswahlverfahren im Herkunftsland von der ausländischen Fachkraft veranlasst wurden. (zum Beispiel für Abschlusszeugnisse, Lebenslauf).



3. Berufsfachliche Anpassungsqualifizierungen werden vom Arbeitgeber oder aus öffentlichen Mitteln (oder Dritten) gezahlt.
4. Kosten für die weiterführende berufsbezogene Sprachförderung in Deutschland werden getragen ebenfalls vom Arbeitgeber oder aus öffentlichen Mitteln gefördert. Dabei kann unter bestimmten Umständen ein Eigenfinanzierungsanteil für die Fachkraft anfallen.
5. Falls die ausländische Fachkraft das Anerkennungsverfahren nicht innerhalb des festgelegten Zeitrahmens durchführt oder aufgrund höherer Gewalt vom Verfahren zurücktreten muss, gehen die Kosten für die Rückkehr nach Kolumbien zu Lasten der Fachkraft.

4. Maximale Aufenthaltsdauer bis zum Erhalt der vollen Gleichwertigkeit und ggf. Berufszulassung

Der Aufenthaltstitel wird zunächst auf ein Jahr befristet. Die Verlängerung ist davon abhängig, ob gegenüber der Bundesagentur für Arbeit der Nachweis geführt wird, dass das Anerkennungsverfahren konsequent durchgeführt wurde und auch die notwendigen Qualifizierungen, Prüfungen usw. erfolgen (siehe hierzu Anlage 4 zu dieser Vermittlungsabsprache – Arbeitsmarktzulassung).

Die Fachkraft muss innerhalb von maximal 3 Jahren die notwendigen Qualifizierungen durchführen und die volle Gleichwertigkeit ihrer Qualifikation in Deutschland erlangen. Sofern erforderlich, muss bis zu diesem Zeitpunkt auch die Berufsausübungserlaubnis vorliegen. Nur wenn innerhalb dieser Frist die volle Gleichwertigkeit erreicht wird, ist ein weiterer Aufenthalt in Deutschland zur Beschäftigung als anerkannte Fachkraft möglich.

5. Unterstützung durch den Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin

Arbeitgeber in Deutschland sollen im Falle der Einstellung von Arbeitssuchenden, die über die Vermittlungsabsprache einreisen, diese bei der Durchführung des gesamten Anerkennungsverfahrens einschließlich der hierfür notwendigen Qualifizierungen unterstützen. Zum Teil stehen zur Unterstützung und Begleitung dieser Prozesse auch öffentliche wie gemeinnützige Institutionen und Einrichtungen zur Verfügung. Die maßgebliche Verantwortung für die Durchführung des Verfahrens liegt jedoch bei den kolumbianischen Arbeitssuchenden und einstellenden Unternehmen wie Betrieben.

ⁱ Reglementierte Berufe sind Berufe, bei denen die Berufsausübung nur mit der Anerkennung erlaubt ist. Für diese Berufe sind neben einer bestimmten Berufsqualifikation häufig weitere Voraussetzungen für die Berufszulassung notwendig. Das gilt vor allem für Berufe aus den Bereichen Gesundheit, Sicherheit oder Soziales wie z. B. Ärztin oder Lehrer. Auch eine geschützte Berufsbezeichnung wie z. B. Ingenieur, Befähigungsnachweise und Sachkundenachweise für einige selbstständige Tätigkeiten und Gewerbe sowie Fortbildungsabschlüsse wie z. B. Meister oder Fachwirtin sind Formen der Reglementierung.